

Haushalt 2019
Norbert Schultheis
Stell. Fraktionsvorsitzender
(es gilt das gesprochene Wort)

Anrede

Heute soll der letzte Haushalt verabschiedet werden, der vom Stadtkämmerer Roland Kern vorgelegt wird. Da es auch der letzte Haushalt ist, der von Bürgermeister Kern vorgelegt wird, wäre ein Rückblick auf 14 Jahre BGM in Rödermark denkbar. Doch dazu wird zu einem späteren Zeitpunkt noch geredet werden können.

Ein Rückblick ist eher eine defensive Betrachtungsweise, weil aber der Haushalt 2019 seine politischen Wurzeln unzweideutig in acht Jahren schwarz-grüne Koalition in Rödermark hat, kann dieser Haushalt auch nur interpretiert werden, wenn man dazu die politischen Entscheidungen zwischen 2011 und heute mit heranzieht.

Es ist also die Frage zu klären, sind die Leistungen und die Angebote der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger heute besser als zu Beginn des Jahres 2011, und an welchen Angeboten und Leistungen will man das messen? Ich werde dies jetzt an mehreren Themen diskutieren und daraus dann, die Konsequenz für das Abstimmungsverhalten der SPD-Stadtverordneten ableiten.

1.
Den größte Haushaltsansatz hat mit rund 17 Mio € der FB 4 - Kinder, Jugend und Senioren - und davon die Fachabteilung Kinder mit rund 11 Mio €.

Im Vergleich mit den Nachbarkommunen kann sich das Angebot an die kleinen RödermärkerInnen sehen lassen. Mit einer nahezu Vollversorgung im Bereich der Ü-3-Betreuung durch

Einrichtungen der Stadt und durch freie Träger, ergänzt mit dem Angebot der Tagesmütter/Väter steht für jede Nachfrage ein nahezu ausreichendes Angebot zur Verfügung. "Nahezu" nur deshalb, weil uns des Öfteren auch Mitteilungen von Eltern erreichen, dass ein Platz nicht kurzfristig zur Verfügung gestellt werden kann. Hier wäre ein flexibles Angebot noch zu kreieren.

Auch die Anzahl der Plätze in der U-3-Betreuung kann sich im Kreis Offenbach sehen lassen. Platz zwei in diesem Ranking ist eine gute Grundlage, die Herausforderungen der nächsten Jahre, sprich das Ansteigen der Nachfrage, auffangen zu können.

Die Zahlen legen zunächst nahe, den Bereich Kinder als gut versorgt zu betrachten und daher ohne Kritik, zum nächsten Punkt über zu gehen.

Doch leider ist dies nicht so.

Während in unserer Nachbargemeinde Rodgau schon seit vielen Jahren der Null-Tarif in den städtischen Kitas aufgerufen ist, zahlen Rödermäker Eltern immer noch einen erheblichen Eigenbeitrag, und dies, obwohl durch das Land Hessen jetzt für jedes Rödermärker Ü-3 Kind, egal ob es eine Einrichtung besucht oder nicht, die Kosten für eine sechsstündige Betreuung übernommen werden.

Ich frage, wenn in Rodgau ein kostenloses Angebot möglich ist, und der Stadtsäckel gegenüber 2011 durch das Land Hessen erheblich entlastet wurde, warum ist es dann schwarz-grün nicht möglich, auch Rödermärker Eltern vollständig zu entlasten?

Für die SPD-Stadtverordneten ist die Forderung nach kostenloser Bildung von der Krabbelgruppe bis zur Uni das Maß, an dem wir die Wichtigkeit von Bildung im politischen Koordinatensystem

ablesen. In Rödermark ist diese Wichtigkeit erkennbar noch nicht bei allen politischen Kräften akzeptiert.

Unsere Kompromissbereitschaft im Jahr 2015/2016 - mit Blick auf die damals noch desolaten Kommunal финанzen - eine Zwischenschritt zu akzeptieren und durch eine Staffegebühr zumindest für eine Teil der Eltern Beitragsfreiheit zu erreichen, wurde von schwarz-grün nicht angenommen.

Wir gehen davon aus, dass diese elternfeindliche Haltung bei schwarz-grün noch immer besteht, sonst hätten sie die enorme Entlastung durch das Land zu einem mutigen Schritt hin zur Gebührenfreiheit genutzt.

Dieser Haushalt zieht hoffentlich auch einen Schlussstrich unter die unwürdige Behandlung unseres Kitapersonals, dass sich seine zugesagte Entlohnung erst vor dem Arbeitsgericht erstreiten musste.

Die Blessuren dieser Auseinandersetzung zwischen dem Personal und dem Dienstherren Stadt werden nicht einfach an der Garderobe abgegeben werden können. Der Vertrauensverlust, der dadurch entstanden ist, dass man den Kitabediensteten - Besoldungsgruppe S6 - die Zusage gegeben hat, sie besser zu bezahlen - nach S6a - und diese Zusage wieder kassieren wollte, als tarifvertraglich eine Höhergruppierung durch gesetzt worden war, wird die nächsten Jahren noch zwischen den Hauptamtlichen und dem Personal nachwirken.

Die launige Bemerkung des BGMs in seiner Haushaltsrede, die Stadtkasse wäre damit nur eine Sparbüchse für die Erzieherinnen und Erzieher gewesen, war nicht nur unpassend sondern ein weiterer Tritt vors Schienbein der MitarbeiterInnen der Stadt. Eine Entschuldigung dafür, dass man die MitarbeiterInnen gezwungen hat, ihre Rechte vor dem Arbeitsgericht durchzusetzen, wäre eher

angebracht gewesen und hätte von der Größe gezeugt, einen Fehler eingesehen zu haben. Diese Chance haben Sie, lieber Herr BGM, verpasst.

Wir, die SPD-Stadtverordneten, haben den damaligen Beschluss, die Entlohnung der ErzieherInnen anzuheben, als Grundsatzbeschluss mit Dauerwirkung gesehen, daher freuen wir uns auch über den Erfolg des Personals über die Stadt. Die erstrittenen 120.000 €/a sind eine gerechte Zusatzentlohnung für die wichtige und verantwortungsvolle Arbeit in den Kitas.

2.

Eine jahrzehntelange Diskussion muss leider auch in diesem Jahr fortgesetzt werden: Die grundhafte Erneuerung der Rödermärker Straßen ist immer noch nicht gelöst. Wir sind jetzt zwar einen kleinen Schritt weiter, da die schwarz-grüne Koalition zumindest prinzipiell das Problem als solches anerkennt.

In den letzten Jahren hatte man den Eindruck, dass da eher eine Vogel-Strauss-Politik betrieben wurde: Was ich nicht sehen will, das sehe ich nicht und das gibt es folglich auch nicht. Diese Wirklichkeitsferne wurde jetzt zumindest teilweise aufgegeben. Doch der gewählte Lösungsansatz ist, leicht nachrechenbar, keiner.

Mit einem Investitionsvolumen von ca. 1 Mio €/a werden sie den Investitionsstau in der Größenordnung von ca. 20 Mio € nicht abbauen, er wird weiter wachsen.

Der Weg, über die Erhebung von Straßenbeiträgen eine teilweise Refinanzierung der Investitionen zu sichern, wird niemand mehr als gangbar einschätzen.

Tatsächlich ist der Aufgabe wegen ihrer Größe mit Bordmitteln, das heißt aus dem jährlichen Überschuss des Haushaltes, nicht mehr zu stemmen. Wenn wir angesichts von

Rekordsteuereinnahmen nicht einmal den Zuwachs auffangen und diese Aufgabe vollständig erledigen können, dann stimmt etwas nicht im System.

Tatsächlich hätten wir in Rödermark kein Problem, wenn wir eine bayerische Kommune wären, d.h. ohne Hilfe des Landes werden wir unser Straßennetz, so wie im übrigen viele andere Kommunen auch, nicht erhalten können.

Die Entscheidung des hessischen Landtages, den Kommunen die Entscheidung zu überlassen, ob sie Straßenbeiträge erheben oder die Mittel anderweitig aufbringen, ist politisch und finanziell ein Danaergeschenk.

Die Weigerung der Mehrheit des hessischen Landtages, den Kommunen einen Investitionszuschuss zur Erledigung dieser Aufgabe zu geben, passt allerdings in den allgemeinen Rahmen, Aufgabe über Aufgabe auf die kommunale Seite abzuschieben - aber Konnexitätsprinzip hin oder her - die notwendigen Mittel zur Erledigung nicht mitzuliefern.

Die hessischen Kommunen werden bei diesem ungleichen Spiel nur noch von ihren saarländischen übertroffen. Wenn der Kern der Kommunen, die ihre Aufgaben nur noch durch Verschuldung lösen können, in Hessen, einem der steuerstärksten Länder der BRD liegt, dann wird es Zeit, dass alle hessischen Kommunalpolitiker zusammen ihre Stimmen erheben. Wir bieten dies hiermit an.

3.

Es reicht aber nicht nur, nach Hilfen durch das Land zu rufen, wenn man selber seine Möglichkeiten nicht ausschöpft, Haushalte zu stabilisieren.

Nach der langen finanziellen Dürreperiode zunächst hervorgerufen durch den Zusammenbruch der Finanzwirtschaft im Jahr

2008, dürfen wir jetzt nicht davon ausgehen, dass die erwarteten Rekordsteuereinnahmen wiederum auf Dauer erreichbar sind. Daher ist eine Ausweitung des Stellenplanes um insgesamt 18 Stellen, wie vorgesehen, nicht verantwortbar.

Wir sehen auch, dass eine neue Kinderbetreuungseinrichtung Personal benötigt, das steht außer Frage, aber alle anderen Stellen dürfen in dieser Größenordnung nicht zukünftige Haushalte belasten.

Jetzt wird sicher die Frage gestellt, welche Stelle soll wegfallen?

Und ich sage, ein ehrenamtlicher Kommunalpolitiker kann nicht sachgerecht entscheiden, an welcher Stelle durch Umorganisation oder andere Maßnahmen im Rathaus eine konkrete Stelle tatsächlich nicht besetzt werden muss, und daher wegfallen kann. Ich erwarte aber von den Hauptamtlichen, dass sie aus Verantwortung für die langfristige Sicherung der Kommunalfinanzen zum heutigen Zeitpunkt nicht diese Stellenmehrung vorschlagen.

Warum ich keinen konkreten Vorschlag machen kann, sei an einem Beispiel erläutert:

Die Stadt hat seit fünf Jahren einen Klimaschutzmanager/In. Eine solche Fachkraft ist in der Stadtverwaltung auf Dauer sinnvoll einzusetzen, wenn sie konzeptionell und flächendeckend tatsächlich, innerhalb der Stadt Maßnahmen anregt und gemeinsam mit Anderen umsetzt, die z.B. langfristig energieeinsparende oder stadtklimatische Veränderungen auslösen. Das kann ich bisher nicht erkennen und die Organisation von Stadtradelwettbewerben gehört dazu im Kern nicht.

Mir nutzt auch kein sogenannter Klimaschutzbericht, weil ich direkt keinen Einfluss auf Arbeitsgestaltung oder Maßnahmenauswahl habe und damit letztendlich das Ergebnis der Arbeit kaum beeinflussen geschweige denn

bewerten kann.

Zusammengefasst heißt dies, BGM und Stadtrat als unmittelbare Vorgesetzte der Mitarbeiter tragen die Verantwortung, dass das Personal sachgerecht eingesetzt wird und zielführend arbeitet.

Sie tragen damit auch die Gesamtverantwortung für den Aufwand und das Ergebnis.

Wir hätten erwartet, dass daher bei den Personalkosten kein Zuwachs in dieser Größenordnung vorgeschlagen wird.

4.

Das Sachgebiet mit der größten Differenz zwischen Notwendigkeiten und ihrer Erledigung ist die Wohnraumversorgung zu bezahlbaren Preisen. Der stetige Rückgang des Angebotes von Sozialwohnungen ist schon mehrere Jahrzehnte im Gange und hat sich bis heute zu einer veritablen Unterversorgung entwickelt.

Der stetige Zuzug von Menschen in die Region schlägt auf dem Wohnungsmarkt mit steigenden Mieten direkt durch. So haben sich die Wohnungsmieten laut IWU-Gutachten in der engeren Region zwischen 2008 und 2017 um ca. 28% erhöht. Tendenz weiterhin steigend.

Es ist also "Feuer unter dem Dach".

Alle Fachleute der Wohnungswirtschaft bestätigen, die größte Engstelle den Mietpreissteigerungen entgegenzuwirken, ist der Mangel an bebaubaren Flächen, um der Nachfrage ein adäquates Angebot bezahlbarem Wohnraum gegenüber stellen zu können.

Und was tut die schwarz-grüne Koalition in Rödermark: bisher fast nichts. Die Flächen die im letzten Jahrzehnt neu für Wohnbauflächen in Rödermark entwickelt wurden, waren der Festplatz Ober-Roden, ein schon sehr lange auf Umwidmung wartendes Gelände, und das Areal westlich des Bahnhofs Ober-Roden, eine

Privatinitiative eines auf Altlastsanierung spezialisierten Unternehmens, beides zusammen nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die permanente Weigerung der schwarz-grünen Mehrheit in den zurückliegenden Jahren Vorschläge der SPD aufzugreifen, sowohl was die Schaffung von Wohnraum betrifft als auch die Ausweisung neuen Baugebietes, wird von den Mietern in Rödermark bezahlt werden.

Und Besserung ist leider noch immer nicht in Sicht.

Die Gesetzesvorgabe "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" wird als ideologische Monstranz missbraucht, um alle Vorschläge für neue Wohnbauflächen abzubügeln. Und die CDU-Fraktion beugte sich bisher den Hardlinern bei der AL.

Ein Wort zum Thema Flächenverbrauch:

Wir sehen uns in der Pflicht, bei der Inanspruchnahme bisher noch naturbelassener Flächen rücksichtsvoll mit Natur und Landschaft umzugehen. Dies betrifft sowohl den Umfang des Flächenverbrauchs als auch die unbedingte Notwendigkeit den ökologischen Schaden auszugleichen, der bei der Flächennutzung entsteht.

Doch dies ist auch Gesetz.

Wir wollen, dass wir den Ausgleich für den Eingriff ortsnahe umsetzen und ihn zur weiteren Entwicklung des Naturraumes um Rödermark herum nutzen.

Wir wollen dies, weil der ökologische Schaden, Flächen in Rödermark nicht zu nutzen, langfristig größer ist.

Die Zuwanderung in die Region wird durch die Weigerung Rödermarks zügig neue Flächen auszuweisen nicht gebremst.

Wir können den Zuwanderern zumindest eine

einigermaßen leistungsfähige ÖPNV-Architektur anbieten. Suchen sich diese Menschen eine neue Bleibe südlich von Rödermark, z.B. im Odenwald, dann wird auch dort nicht nur Fläche verbraucht, sondern diese Menschen werden in die Kernstadt fahren, auf neuen Straßen, zu neuen Parkplätzen und die Autoschlange in Urberach verlängern.

Es ist also sehr kurzsichtig, sich hier in Rödermark als der Verteidiger von Natur und Landschaft feiern zu lassen, aber auf die Nachfrage nach Wohnraum keine Antwort geben zu können.

Wir werden in der Region nur gemeinsam diese Aufgabe stemmen können, gemeinsam heißt aber auch, jeder muss einen Teil dazu beitragen. Der planerische Rahmen dazu wird zur Zeit erarbeitet. Weil die Rödermärker Kommunalpolitik aber in den letzten Jahren die Entwicklung verschlafen hat, sind wir aufgerufen schon vorab, quasi im Vorgriff auf den neuen RegFNP, zu handeln.

Für die beiden Elemente Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Bereitstellung von Flächen ist im Haushalt aber keine Vorsorge getroffen.

Wir schlagen vor, außerordentliche Einnahmen kurzfristig dafür einzusetzen.

Wir wissen durch die genannte IWU-Studie auch, dass die Wohnraumnachfrage nicht bei allen Nutzergruppen gleichmäßig ansteigt. Insbesondere kleine Haushalte haben es schwer auf dem jetzigen Wohnungsmarkt. Hier einen Schwerpunkt zu setzen, könnte auch einen Anstoß geben, dass ältere Menschen ihre oft zu großen Wohnungen wechseln.

5.

Eng verknüpft mit dem Thema Wohnen ist auch die lokale Verkehrspolitik und damit verbunden die Frage, wie kann ich Mobilität in der Stadt auf

Dauer erhalten. Dabei sind für jeden Ortsteil eigenständige Ansätze zu finden, aber auch die Frage nach den grundsätzlichen Zielen, die in allen Ortsteilen angestrebt werden sollten, ist noch nicht endgültig beantwortet.

Lange Autoschlangen in der Rushhour, aber nicht nur dann, in Urberach und Ober-Roden verhindern Mobilität und damit auch Lebensqualität. Der Versuch den innerörtlichen Verkehr mehr auf das Fahrrad ausrichten, ist über Ansätze nicht hinausgekommen, auch wenn die Arbeit des Runden Tisches Radverkehr eine Reihe von Verbesserungen im Einzelfall erreichen konnte.

Das aktuelle Projekt Stadtumbau wird langfristig aber nur dann zu einer stark verbesserten Lebensqualität innerhalb Ober-Rodens führen, wenn die Stadtpolitik auch grundsätzliche Weichenstellungen einleitet, d.h. entweder die Nutzung des PKWs innerorts zurück zu drängen oder einen gleichmäßigen Verkehrsfluss ohne Schrankenschließungen ermöglicht - oder beides gleichzeitig.

Dazu werden wir noch außerhalb der Haushaltsplanberatung eine Initiative starten. Die Planungsmittel dürften dafür ausreichen.

In Urberach hängt vieles an dem Status der B 486 innerorts und dem eingeschränkten Zugriff auf den Straßenraum. Aber auch das, was uns vor einigen Jahren schon einmal als Verkehrsberuhigungsmaßnahmen präsentiert wurde, schlummert weiterhin in welcher Schublade auch immer. Kein Fortschritt - aber auch keine Idee.

Bezeichnenderweise kam das Thema Verkehr in der Rede des BGMs nicht vor. Damit wird auch die Relevanz deutlich, mit der im Rathaus an der Lösung von Verkehrsproblemen gearbeitet wird.

6.

In diesem Haushalt finden sich viele Ansätze, die auch die Zustimmung der SPD-Fraktion finden. Wahrscheinlich sind es sogar mehr Einzelansätze denen wir zustimmen, als solche, die wir ablehnen.

Weder Michael Gensert noch Stefan Gerl, werden mir aber widersprechen, wenn ich feststelle, dass dieser Haushalt stark geprägt ist von den schwarz-grünen Koalitionären.

Zwei oder drei Anträge unsererseits würden das Grundgerüst aber nicht verändern, weshalb wir darauf verzichtet haben, diese zu stellen. Eben so klar ist aber auch, dass wir daher diesen Haushaltsentwurf in allen Teilen ablehnen werden.